Probenummer. **Saratow.** Mittwoch, den 25. Januar 1906.

Bezugspreis
mit Zustellung:
im Innern des Reichs

1 Mon.	— R. 40 K.	5 Mon.	1 R. 40 K.
2 Mon.	— „ 70 „	6 Mon.	1 „ 60 „
3 Mon.	1 „ — „	7 Mon.	1 „ 80 „
4 Mon.	1 „ 20 „	8 Mon.	2 „ — „

Für das Ausland kostet das Abonnement 10 Kop. pro Monat mehr.

Deutsche Zeitung

Erscheint wöchentlich.

Anzeigen
kosten pro Petitzeile oder deren Raum auf der ersten Seite 15 Kop., nach dem Text 8 Kop.; monatlich und Jahresbekanntmachungen nach Übereinkunft.

Bei Änderung der Adresse sind 21 Kop. in Postmarken und die alte Adresse einzusenden.

Adresse der Redaktion: *Саратовъ, въ редакцію газеты* „Deutsche Zeitung“ *Театр. площ. домъ Тилло.*

Telephon № 77. Sprechstunden des Redakteurs von 10—12 Uhr mittags (außer an Sonn- und Feiertagen).

Das Abonnementsjahr der „Deutschen Zeitung“ beginnt mit dem Monat Oktober, daher werden Bestellungen auf das Blatt von jetzt an nur bis zum 1. Okt. angenommen.

Die erste Nummer erscheint am 1. Februar.

Wozu wir die Zeitung haben.

„Im Kampfe sollst du dein Recht finden.“

Es gibt im Leben eines Menschen ernste Augenblicke, in denen die Vergangenheit, all die begangenen Fehler, all die Mißgeschicke des Erlebten vor die Seele treten. Der Mensch schaut zurück. In seiner Brust beginnt ein Kampf, denn er ist mit seinem bisherigen Leben unzufrieden. Ist diese Unzufriedenheit aber erst da, so folgt ihr auch die Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Und da blickt der Mensch getröstet in diese bessere Zukunft. Hat er sich bezwungen, das Böse aus seinem Herzen gebannt, so betritt er mit geläuterter Seele, zuversichtlich einen neuen Weg, die alten, verfehlten Bahnen verlassend.

Im Leben der Völker finden wir ebenfalls ernste Augenblicke, die das Zurückschauen in die Vergangenheit, in die Geschichte erfordern und das Hinausblicken in die Zukunft hervorrufen. Die gesammelten Erfahrungen, der durch sie geschärfte Verstand, die Einsicht lassen da einen Boden entstehen, auf dem ein neues Leben überhaupt erst möglich ist. Will man eben ein neues Haus bauen, muß man sehen, was dem alten gefehlt hat, denn das neue soll ja besser sein.

Das gegenwärtige Rußland erlebt solch einen ernsten Augenblick. Die Grundfesten der althergebrachten Ordnung sind erschüttert. Aus einem Polizeistaate will Rußland ein Volksstaat werden, die Selbstherrschaft der Beamten soll ersetzt werden durch eine neue Ordnung der gesellschaftlichen Verhältnisse, aus denen heraus ein Rechtsstaat entstehen soll. Das Hauptzeichen des Polizeistaates ist das Bestreben, das gesamte Volksleben der Aufsicht und der Vormundschaft der Beamten unterzuordnen. Das Volk selbst wollte man nicht zu Worte kommen lassen. Für das Volkswohl sollten die Beamten sorgen. Aber Leute, die weder vom Volke gewählt worden, noch von ihm gewünscht waren, hatten in ihrer Eigenschaft als Beamte meist nur ihre persönlichen Vorteile im Auge. Um die Gesamtheit kümmerten sie sich wenig oder überhaupt nicht. Und so kam unsere Staats- und Volkswirtschaft herunter. Wir Deutsche hatten nicht zum mindesten unter dieser Vormundschaft der Beamten, dieser Landvögte, Isprawniks und wie sie da alle heißen, zu leiden. Unser geistiges und wirtschaftliches Leben ist ins Stocken geraten, fast könnte man sagen, daß die Russifikationspolitik der Beamten ihrem Ziele nah war: man hemmte die Entwicklung unserer Sprache und unserer deutschen Bildung, man wollte die deutsche Schule ganz ausmerzen. In diesem Staate, wo die Polizei und Willkür der Beamten die Oberhand hatten, konnten wir zu unserem natürlichen Rechte nicht kommen. Dieser Polizeistaat hat nun aber von der mächtigen Faust der Zeit einen Todesstoß bekommen: es rötet sich der Himmel, ein neuer Tag bricht an, — wir sehen in eine Zukunft, die uns ein freies Leben verspricht, wir nahen uns einem Volks- oder Rechtsstaate. Auf einmal sind wir aus dem „unmündigen, unreifen“ Volke Staatsbürger geworden. Das Recht des geknechteten Volkes auf Freiheit ist in dem Manifest vom 17. Oktober von oben anerkannt und zugestanden worden. Die Bevölkerung — heißt es dort — soll die unerschütterlichen Grundsätze der bürgerlichen Freiheit auf den Grundlagen der wirklichen Unantastbarkeit der Person, der Freiheit des Gewissens, des Wortes, der Versammlungen und Vereine erhalten.

Wie eine leuchtende Sonne erschien die Freiheit. Doch ist aber diese Freiheit, wie die Luft für jeden Menschen unentbehrlich, noch nicht Wirklichkeit geworden. Das Wort ist gesprochen, das Versprechen gegeben. Aber es gibt Menschen, die dieses Versprechen zunichte machen wollen. Noch haben wir die Freiheit nicht. Noch liegt der bessere Teil des Volkes im Kampfe mit den finstren Mächten, die die alte Ordnung, die alte Knechtschaft erhalten wissen wollen. Noch ist dieser Kampf nicht entschieden. Er währt noch und zieht in seinen Strudel immer größere und größere Kreise des Volkes, das ganze russische Volk, alle Völker Rußlands hinein.

Und der Rückblick in die Vergangenheit, so wie das Hinausschauen in die Zukunft, erfüllt aller Herzen.

Man will ein neues Haus bauen: die Verfassung des Staates ändern; da sollen die Gebrechen der alten Ordnung uns mahnen, Feinde derer zu sein, die da behaupten, Rußland brauche keine neue Verfassung, es sei noch „nicht reif dazu.“

Bauen ist aber schwer. Zumal wenn es sich um eine Staatsverfassung, eine neue Ordnung des Volkslebens handelt. Da muß man sinnen und sinnen. Da muß man klare Gedanken haben. Deutlich, fest begrenzt soll der Plan unserer Arbeit sein.

Wie schafft man aber diese Klarheit?

Nicht nur unsere eigene Vergangenheit, nicht nur die Geschichte unseres kleineren Kreises, z. B. der Kolonien an der Wolga oder der deutschen Kolonien in Rußland, sollen wir uns vergegenwärtigen, um die Richtschnur für das künftige Leben zu finden. Nein. Wir werden überhaupt uns die Mühe geben müssen, uns in die Verhältnisse, in das Leben anderer Völker hineinzudenken. Und erst so, auf diesem Wege des Nachdenkens, Vergleichens, der Zuhilfenahme der geschichtlichen Erfahrung, werden wir eine geistige Freiheit erlangen, d. h. wir werden frei sein in unserem Urteil darüber, welche Ordnung des Staatslebens für uns die beste ist. Denn wir müssen unser eigenes Urteil haben. Nicht einfach hinnehmen, was man uns gibt. Tun wir das, fügen wir uns schweigend allen Umständen, — so sind wir keine freien Menschen, keine freien Staatsbürger — wir sind dann eben nur Hörige, Sklaven.

Auf die Volksversammlung! Keiner soll sich mehr der Aufgabe entziehen an der gemeinsamen Beratung teilzunehmen. Wir müssen den öffentlichen, d. h. die Gesamtheit betreffenden, Fragen gegenüber, Stellung nehmen. Das Volk und die Völker Rußlands sollen — so heißt es im Manifest vom 17. Oktober — an der Gesetzgebung des Landes teilnehmen. So wollen auch wir Deutsche unsere Stimme und unseren Einfluß stark werden lassen, damit wir mit unserem Rechte nicht zu kurz kommen und nicht wie kleine Kinder behandelt werden, die einer Leitung bedürfen.

Auf die Dorfversammlung! Auf die Volks-, Bürgerversammlung! Wir leben nicht jeder für sich allein. Die eigenen kleinen „Interessen“ sind klar, doch das, was die Gesamtheit betrifft, muß eben auch eine gemeinsame Beratung aller entscheiden.

Je größer eine Gemeinde, ein Volk ist, desto schwieriger fällt es jedem einzelnen, darüber im klaren zu sein, wie er handeln soll, damit es dem allgemeinen und also auch seinem eigenen Wohle diene. Allein wird er nun mit dem Wirrwarr des Lebens nicht fertig, — er geht zu seinem Freunde, er spricht mit ihm, er geht in die Versammlung und dort kommen viele zusammen, um über eine gemeinsame Angelegenheit zu reden und sie zu klären.

Wenn der einzelne von seinem engeren Kreise abhängt, z. B. der Bauer von der Dorfgemeinde, so steht andererseits dieser Kreis, diese Gemeinde in Abhängigkeit von der gesamten Staatsordnung. In dieser Staatsordnung aber werden immer Veränderungen wahrgenommen, zumal in der Gegenwart.

Will man nun diese Zusammenhänge klar erfassen, will man nachdenken und vergleichen, so greift man noch zu einem anderen Mittel, als die direkte Unterredung mit den Mitbürgern. Man liest Berichte darüber, wie es in der übrigen Welt zugeht. Diese Berichte werden in den Zeitungen gesammelt. Und deshalb ist die Zeitung uns unentbehrlich geworden. Sie bewirkt den Austausch geistiger und wirtschaftlicher Güter in der Gesellschaft und ist die wichtigste Erscheinung der Gegenwart.

Wir Deutsche an der Wolga haben schon lange gefühlt, daß eine deutsche Zeitung uns not tut. Denn es tut uns die Einigkeit not, die gemeinsame Beratung, die Klärung unserer Stellung in dem russischen Staate und in den neuen Verhältnissen, die die Gegenwart uns bringt. Wir Deutsche wollen in der Freiheitsbewegung, die ganz Rußland ergriffen hat, nicht müßige Zuschauer sein, wir wollen für die Freiheit, für die wirkliche Freiheit, mitkämpfen. Wir wollen aber auch an dem Aufbau der Staatsverfassung mitarbeiten. Und dazu bedürfen wir einer deutschen Zeitung. Sie wird unsere Meinungen zum Ausdruck bringen.

Doch nicht genug damit. Fragen wir uns, wozu wir nun die „Deutsche Zeitung“ haben, so müssen wir ihre Aufgaben aufzählen, die Mittel angeben, wie diese Aufgaben zu erfüllen sind, und endlich den politischen Boden zeigen, auf dem wir festen Fuß fassen können im Kampfe der bewegten Zeit. *)

Was nun die allgemeinen Aufgaben der „Deutschen Zeitung“ betrifft, so soll sie ein Organ derjenigen Deutschen sein, die für das Gedeihen der deutschen Kolonien arbeiten wollen und arbeiten. Sie soll eine deutsche öffentliche Meinung schaffen — das ist eine ihrer ersten Aufgaben.

Die „Deutsche Zeitung“ wird zunächst den Interessen dienen, die eine kulturelle Hebung der deutschen Kolonien an der Wolga in geistiger und wirtschaftlich-sozialer Hinsicht erfordern.

Der Fortschritt in den Kolonien ist aber aufs engste mit der Stärkung und Entwicklung des Deutschtums, der deutschen Sprache, der deutschen Bildung verknüpft. So wird die Zeitung in Fragen der geistigen Kultur in erster Linie für eine gesunde deutsche Volksschule und richtige Gestaltung des Unterrichts eintreten, und auf dem Gebiete der Sozial- und Volkswirtschaftspolitik für diejenigen Reformen und Maßnahmen sein, die uns Deutschen die freie, gerechte Einrichtung unseres Lebens und Arbeitens verbürgen.

Die „Deutsche Zeitung“ soll ferner die allgemeinen Kulturinteressen der deutschredenden Bevölkerung Rußlands in Stadt und Land vertreten, sie soll zugleich das Organ desjenigen Teiles der Deutschen sein, die ihre Intelligenz, ihre Bildung, ihre Kraft der Förderung deutscher Kultur widmen, als auch derjenigen, die überhaupt noch eine Fühlung mit dem Deutschtum haben.

Die Zeitung will über den Konfessionen stehen. Fragen der Konfession behandeln religiöse Blätter. Uns interessiert nur das, was der Gesamtheit der Deutschen, als einer besonderen Gruppe, die einer Kultur Kinder sind, schadet oder nützt.

Die Mittel, die uns zur Verfügung stehen, um diese Aufgaben zu erfüllen, sind — das Programm, der Inhalt der „Deutschen Zeitung,“ die Erörterung und Anregung zeitgemäßer Fragen.

Unsere Kultur können wir festigen und heben, wenn wir unser Rechtsbewußtsein stärker, wenn wir unsere menschlichen Rechte standhaft verteidigen und uns zu freien Staatsbürgern erziehen.

Stärkung des Rechtsbewußtseins, Entwicklung des Interesses und Verständnisses für Sozialpolitik, d. h. gerechte Gesellschaftsordnung, sachgemäße Beurteilung und Auslegung der gegenwärtigen Ereignisse, Aufklärung über das Parteiwesen, Förderung aller Kulturerscheinungen unter den Deutschen, — das sind die nächsten Mittel zu unserem Ziele zu gelangen.

Die „Deutsche Zeitung“ ist zunächst ein Organ der gesamten deutschen Bevölkerung an der Wolga. Sie fordert zur gemeinsamen Arbeit in ihren Spalten alle diejenigen auf, die im Bewußtsein für das allgemeine Wohl zu handeln, etwas vor die Öffentlichkeit bringen und damit das Interesse an der deutschen Sache wecken und unsere gemeinsamen Ziele fördern wollen. Insbesondere gilt diese Einladung denjenigen Geistlichen, Lehrern, Dorfschreibern, Ärzten, also allen deutschen Kulturarbeitern, die für unsere deutsche Sache sind. Mögen sie alle sich um unsere Zeitung scharen und an unserer großen Arbeit teilnehmen. Die Form der Mitteilungen sollte niemand daran hindern, uns über alle wichtigen Ereignisse in den Kolonien zu berichten.

Nicht nur ernste, wissenschaftliche, politische Darlegungen und praktische Ratschläge für die Wirtschaft in Stadt und Land soll die Zeitung bringen, auch für Unterhaltungslektüre soll gesorgt werden: wir werden uns bemühen, daß das Beste der deutschen Literatur hier allmählich seine Freunde finde.

Das waren in aller Kürze unsere Aufgaben und die Mittel zu ihrer Verwirklichung.

Und nun wollen wir mit einem Worte über unser politisches Bekenntnis unsere Ausführungen schließen.

Die politischen Parteien, die in Rußland entstanden sind und teilweise noch entstehen, tragen fast alle noch einen ebenso unsteten, nicht völlig bestimmten Charakter, wie das gegenwärtige Leben selbst. Doch wollen wir Deutsche, bis wir noch keine fest geschlossene, politische Gruppe sind, uns eine wirksame politische Stütze suchen. Solange noch das Leben wogt und alles erst im Werden begriffen ist, können wir auf kein politisches Programm, das bis jetzt aufgestellt ist, von A bis Z schwören. Vielleicht wird das Leben uns dahin bringen, unsere eigene Gruppe oder Partei zu bilden. Aber vorläufig sind wir noch nicht zu einer Einheit zusammengeschweißt.

Den Anschluß können wir aber suchen und vielleicht würden wir ihn z. B. in der konstitutionell-demokratischen Partei (Partei der Volksfreiheit) finden, denn diese Partei vertritt am unzweideutigsten dasjenige, das uns am teuersten ist: die Wahrung der nationalen Eigenart.

Die Zeitung will ein politisches Blatt sein. Sie wird den Grundsatz vertreten, daß nur eine Verfassung, die auf breiter demokratischen, d. h. volkstümlichen, Grundlage ruht, dem russischen Staatsorganismus angemessen ist.

Die „Deutsche Zeitung“ will für die bürgerlichen Freiheiten mit aller Entschiedenheit eintreten und mit allen fortschrittlichen Elementen Rußlands zusammenarbeiten, damit das politische Leben des Staates und seine Verfassung festen menschenwürdigen Boden gewinne und eine naturgemäße Form annähme.

Die „Deutsche Zeitung“ will der Freiheit dienen und wird bei der Vertretung ihrer Ansichten den Grundsatz befolgen: „Das Ziel des Rechtes ist der Friede, das Mittel dazu der Kampf“ (Ihering). Ein Kulturkampf soll das sein. Ein stetes Streben nach menschlicher Würde und nach menschlichem Rechte. Wir sind weder für Blutvergießen, noch für Gewalttaten. Wir wollen arbeiten, wie dies ein Deutscher versteht. Mit eisernem Willen werden wir uns zu der Gerechtigkeit durchringen. Wir wünschen uns einen geistigen Sieg herbei, wir wollen unausgesetzt vorwärts streben zu immer besseren Lebensbedingungen und zu einer höheren Kultur. Denn wir halten in treuem Gedächtnis den Spruch unseres großen Dichters Goethe:

„Nur der verdient sich Freiheit, wie das Leben,
„Der täglich sie erobern muß.“

Die „Deutsche Zeitung“ will für die volkstümliche Gleichheit, Gleichberechtigung der Bürger im Staatsleben ihre Waffe führen.

Indem aber die „Deutsche Zeitung“ für die dargelegten Ansichten arbeiten will und wird, indem sie in die allrussische Befreiungsbewegung eintritt, will sie dem Frieden dienen, dem freilich noch so sehr entfernten, aber schönen Ziele der Brüderlichkeit.

Dieser Friede aber soll den Sieg unserer geistigen Macht bedeuten, er soll das Ziel unserer Sehnsucht sein nach einer segensreicheren, besseren, gerechteren Zukunft, die durch ihre Schönheit unser Herz mit heiligem Glücke erfüllt.

*) Die „Deutsche Zeitung“ wird zunächst einmal wöchentlich erscheinen. Doch wird das häufigere Erscheinen des Blattes bewerkstelligt, sobald es möglich sein wird.— Das Material jeder einzelnen Nummer wird in folgende Rubriken geteilt: 1) Innere Politik. 2) Deutsche und russische Presse. 3. Innere Chronik. 4) Von den Kolonien. 5) Deutsches Leben (Mitteilungen über deutsches Leben in Rußland). 6) Ausland. 7) Lokales. 8) Vermischtes. 9) Literatur: a) Wissenschaft (Allgemeine Geschichte, Erziehungs- und Unterrichtskunde, Landwirtschaft). b) Unterhaltungslektüre. c) Bücherschau. 10) Briefkasten. 11) Nachrichten aus der Handelswelt. Die Zeitung wird außerdem Illustrationen, Bilder bringen.

Innere Politik.

Etwas über die Wahlen.

Durch das Manifest vom 17. Oktober 1905 hat Seine Majestät der Kaiser dem Volke die unerschütterlichen Rechte der bürgerlichen Freiheit zuerkannt.

Freiheit des Gewissens, des Wortes, der Versammlungen und Vereine und die Unantastbarkeit der Person sollen dieser bürgerlichen Freiheit als Grundlage dienen.

Durch den 3. Punkt desselben Manifestes wird als unerschütterliche Regel festgestellt, daß ferner kein Gesetz in Kraft treten soll, bevor es von der Reichsduma begutachtet und bestätigt wird. Auch soll den abgeordneten Volksvertretern die Möglichkeit gesichert sein, in Wirklichkeit eine Aufsicht durchführen zu können, daß die erlassene Gesetze seitens der angestellten Behörden auch gewissenhaft angewendet werden.

Etwas früher und zwar am 6. August des verflossenen Jahres erschien das Gesetz über die Einberufung der Reichsduma, und zu gleicher Zeit erging von Seiner Majestät ein Befehl an den Minister des Innern mit dem ausdrücklichen Auftrage, die Verordnung über die Wahlen mit solch einer Berechnung auszuarbeiten und durchzuführen, daß die Abgeordneten von den 50 Gouvernements des inneren Reiches nebst Dongebiet schon nach der Jahreswende in der ersten Hälfte des Januar bereits in Petersburg eintreffen können.

So lautete der klar ausgesprochene unbeugsame Wille des Kaisers, aber trotzdem ist bis auf den heutigen Tag noch nichts geschehen, woraus man mit Sicherheit schließen könnte, daß es dem Ministerium Ernst darum ist, den Kaiserlichen Befehl auszuführen.

Man macht viele Worte und kommt keinen Schritt vorwärts.

Wir haben nicht die Absicht, in diesem Artikel die freiheitsverletzenden Maßnahmen der Regierung und besonders den grauenhaften Mißbrauch

Российская национальная библиотека

amtlicher Gewalt seitens einzelner Amtspersonen dem Volke gegenüber einer näheren Prüfung zu unterziehen. Auf diesen Gegenstand werden wir in den nächsten Tagen bei der Besprechung der inneren Zustände noch Gelegenheit haben zurückzukommen.

Vorläufig sind die Wahlen auf der Tagesordnung, und nun möchten wir unsererseits auch etwas dazu beitragen, um dieser höchst wichtigen Sache gegenüber Stellung zu nehmen, und dabei näher darauf eingehen, ob und inwiefern die Wahlen bei gegebener Wahlform für uns Deutsche an der Wolga von Bedeutung sein können.

Über kurz oder lang muß die ausgebliebene Verordnung über die Einberufung der Reichsduma doch endlich einmal erscheinen. Deshalb ist es von großer Wichtigkeit, daß wir uns über diesen Punkt gegenseitig aussprechen und zu irgend einer bestimmten Entscheidung kommen, damit wir später, wenn der Wahlkampf beginnt, nicht von einander getrennt und unentschlossen dastehen und nicht wissen, was und wie es gemacht werden soll.

Es muß und soll also Sorge dafür getragen werden, daß aus den Wahlen auch wirklich Männer hervorgehen, die genügend Verstand, Herz und Mund besitzen, das Ach und Weh unserer Kolonien mit entsprechender Würde, Beharrlichkeit und Sachkenntnis vor der Reichsduma zu befürworten.

So müßte es sein, wenn alles den richtigen Weg gehen würde. Aber, leider ist es nicht so, und weil es nicht so ist, haben wir Deutsche an der Wolga kein Recht und auch keine Mittel und Wege, einen Abgeordneten aus unserer Mitte in die Reichsduma hineinzubringen.

Wer es nicht glauben will, den bitten wir, die anbeifolgende Wahlliste genau durchzusehen, dann wird er sich bald davon überzeugen.

Um unsere Betrachtung anschaulicher zu machen, nehmen wir als Beispiel den Bezirk Kamyschin, der bekanntlich aus 18 russischen und 8 deutschen Kreisen besteht. Also:

$$18 \times 2 = 36$$
$$8 \times 2 = 16$$

Somit erscheinen in Kamyschin an einem bestimmten Tage 36 Russen und 16 Deutsche, bilden eine Versammlung und wählen aus ihrer Mitte 6 Personen. Die Sache ist so einfach wie nur etwas: die Russen wählen aus ihrer Mitte 6 Personen, und damit ist die Sache aus. Und die Deutschen? Die schauen einfach zu, wie das so schön geht, und fahren heim.

Aber, wollen wir von unseren lieben Nachbarn, den Russen, nicht so böse denken: es sind ja unsere Mitbürger, alles bekannte Männer, mit denen wir oft in näherem persönlichen Verkehr stehen, oder gar Parteigenossen im Landamte sind, und dazu wollen diese Männer uns gegenüber durchaus gerecht sein. Schön.

Die größte aller Gerechtigkeiten soll geschehen es werden 3 Russen und 3 Deutsche gewählt. Was gewinnen wir dadurch? — Nichts! Die 6 Gewählten müssen jetzt an einem bestimmten Tage in der Stadt Saratow erscheinen, um dort in Verbindung mit den Bevollmächtigten der anderen 9 Bezirke aus ihrer Mitte unmittelbar einen Abgeordneten in die Reichsduma zu wählen.

Das Gouvernement Saratow besteht aus 10 Bezirken, die insgesamt 64 bevollmächtigte Wähler einzusenden haben. Also, von 64 wird bloß einer genommen. Wie ist es menschenmöglich, daß dieser eine gerade ein Deutscher sein soll, wenn von 64 Wählern 61 Russen sind und bloß 3 Deutsche?

Man braucht nicht gerade ein Prophet zu sein, um das Resultat voraus zu bestimmen. Ferner wird die Lage unserer drei Deutschen eine noch ungünstigere. Nachdem der erste Abgeordnete gewählt ist, werden die Wähler aller Kategorien (Bauern, Kaufleute, Arbeiter und Gutsherren) durcheinander gemischt und müssen dann aus ihrer Mitte noch 10 Abgeordnete wählen. Diese Versammlung wird aus 234 Personen bestehen.

Und unsere 3 deutschen Männer? Die bleiben in dieser Menschenmenge unbemerkt und können auch ruhig unbemerkt nach Hause fahren.

Im Gouvernement Samara sieht es gerade so aus, vielleicht noch etwas ungünstiger.

So ist es, und so soll es noch 5 Jahre bleiben.

Was und wie in dieser Angelegenheit gemacht werden könnte, davon werden wir in der nächsten Nummer reden. F.

Deutsche und russische Presse.

St. Pet. Zeitung schreibt:

„Wir leben eben in einer Zeit ernster Vorbereitung Rußland ist im Begriff, den großen Schritt von der unbeschränkten Alleinherrschaft zum konstitutionellen Staat zu tun. Es ist die ernste, zukunftbestimmende Zeit, die den Wahlen vorangeht. In Deutschland oder England wird dieser Zeitraum zu ausgebreiteter Agitation benutzt; in der Presse, durch Flugblätter, durch zahlreiche Versammlungen, vor allem aber durch persönliche, berufsmäßige und freiwillige Agitation sucht jede Partei ihre Anschauungen zu verbreiten und dadurch ihre Partei zu verstärken.

Wie anders sieht es bei uns aus! Versammlungen sind nicht gestattet, die Presse schweigt zum großen Teil, und in dem erscheinenden Teil findet man ebensoviel Artikel, die mit keiner Volksvertretung rechnen, wie solche, die auf sie vorbereiten. Von einer schwungvollen Agitation, von ernster Vorbereitung zum „Bürgertum" ist verhältnismäßig wenig zu spüren."

Die Umstände, unter welchen die Wahlen in die Reichsduma vor sich gehen, sind eben solcher Art, daß man von einer gerechten Zusammensetzung der ersten Volksvertreter kaum reden kann. Da die jetzigen Wahlen an sich nicht richtig sind und einem Teil der Bevölkerung es nicht ermöglichen, eigene Vertreter in die Reichsduma zu schicken, ist es verständlich, daß viele sich der Wahlen überhaupt enthalten.

Der „St. Pet. Herold" ist entrüstet über einen Aufruf des Urupski Kosakenregiments an die Bürger Rußlands und glaubt, daß die Regierung durch diese Kundgebung in die Notwendigkeit versetzt werde, sich mit der Kosakenfrage ernstlich zu beschäftigen. Seine bisherige Tätigkeit schildert das genannte Kosakenregiment, das seine Garnison eigenmächtig verlassen hat, selber in folgenden Worten:

„Indem wir unserer Obrigkeit blind gehorchten, haben wir eifrig alle Befehle derselben ausgeführt: wir prügelten das Volk mit Nagaiken, jagten es mit Kolbenstößen auseinander, schossen wehrlose Bürger auf der Straße zusammen, überritten sie, wir bewachten Gasthäuser und Bordells . . . Doch, als durch das Manifest vom 17 Oktober unser Zar dem russischen Volk die Freiheit gab, als es allen klar wurde, daß Er das Leben des armen Mannes erleichtern will . . . uns aber verboten wurde, Versammlungen zu besuchen, wo die Wahrheit geredet wurde. . . begriffen wir, welches Verbrechen wir dem heißgeliebten Vaterlande gegenüber begehen, indem wir die sinnlosen Befehle unserer Chefs ausführen, und daher verweigern wir kategorisch, weiteren Polizeidienst zu leisten."

Während einerseits das Urupski Kosakenregiment durch diese Kundgebung sich selber das denkbar schmachvollste Zeugnis ausstellt, erklärt das obengenannte Blatt anderseits, jeder einsichtige Mensch werde zugeben müssen, daß es eine verleumderische Behauptung sei: Die „Obrigkeit" habe den Befehl erteilt, „das Volk mit Nagaiken zu prügeln, es mit Kolbenstößen auseinanderzujagen, wehrlose Bürger zusammenzuschießen und sie zu überreiten!" Daß aber diese entsetzlichen Dinge, von denen hier geredet wird, tatsächlich geschehen seien, könne leider nicht dem geringsten Zweifel unterliegen. Es müsse daher angenommen werden, daß das Urupski Kosakenregiment den an sich ebenso gerechtfertigten, wie dringend notwendigen Befehl der „Obrigkeit," die Ruhe wiederherzustellen, mit verbrecherischen Mitteln ausgeführt habe, wofür es — völlig abgesehen von der Bestrafung für das eigenmächtige Verlassen der Garnison — dem Standrecht unterliege.

„Es erscheint uns geradezu als die unabweisliche Pflicht der Regierung, in diesem Falle ein strenges Beispiel zu üben.

Denn die Gewalttätigkeiten, die nach dem eigenen Zeugnis des Urupski Kosakenregiments begangen worden sind, haben sich auch an anderen Orten wiederholt.

Es sind unter voller Namensnennung die verschiedensten Mißhandlungen friedlicher Bürger durch Kosaken öffentlich in der Presse bekannt gegeben. Weder die Regierung noch die Militärbehörde hat diese Meldungen widerrufen können.

Niemals aber ist ein Wort darüber in die Öffentlichkeit gedrungen, daß die Verüber dieser Gewalttätigkeiten irgendwelcher Strafe unterzogen worden sind.

Infolgedessen herrscht in allen Kreisen der bürgerlichen Gesellschaft eine sehr begreifliche Erregung über die Art und Weise wie die Kosaken die Ruhe wiederherzustellen suchen."

Empörende Roheiten einzelner Kosakentrupps, die den Polizeidienst als einen Freibrief für rohe Gewalttaten ansehen, werden der Gesamtheit der Kosaken zur Last gelegt. Dagegen müsse das kosakische Offizierkorps dadurch energisch Einspruch erheben, daß jeder Kosakenoffizier die unmenschlichen rohen Gewalttaten einzelner Mannschaften vor das Kriegsgericht bringt.

„Es ist in der Tat nur nötig, daß etwa ein Dutzend Kosaken gehängt, und paar Dutzend Kosaken standrechtlich erschossen werden, — und der einzelne Mann oder die Patrouille wird begriffen haben, daß es eine heilige Aufgabe ist, im Auftrage der Regierungsgewalt „die Ruhe wiederherzustellen"!

Der „Aufruf" des Urupski Kosakenregiments „an die Bürger Rußlands" hat den Stein ins Rollen gebracht.

Die Antwort der Bürger Rußlands auf diesen „Aufruf" kann nur die dringende Bitte an die Regierung sein: Gib allen denen, die sich selber als uniformierte Mörder bezeichnen, den verdienten Strick oder die Kugel!"

Innere Chronik.

Der Entwurf über die Abänderung der Grundgesetze.

In der Reichstypographie ist der „Nowoje Wremja" zufolge, der Entwurf über die Abänderungen der Grundgesetze im Druck beendet worden, welcher, nach seiner endgültigen Beratung, mit einem entsprechenden Manifest veröffentlicht werden und den gegenwärtigen ersten Teil des ersten Bandes der Gesetzsammlung ersetzen soll.

Diesem Entwurf nach soll der Begriff über die uneingeschränkte Gewalt des Monarchen eine Begrenzung erfahren. Der Titel des Monarchen wird keinerlei Veränderungen unterworfen, weil die Selbstherrschaft nur im Sinne der internationalen Unabhängigkeit zu verstehen ist.

Der Entwurf spricht auch von keinem Eide, welchen der Monarch auf die Konstitution leisten wird, doch wird das Manifest, welches mit den neuen Grundgesetzen veröffentlicht werden wird, einen Hinweis darüber enthalten, daß der Monarch ein Halten der Konstitution von seiten des Thronfolgers und der ganzen Nachkommenschaft zusichert. Die Rechte des Monarchen sind in folgender Form festgestellt: Der Monarch verwirklicht die Gewalt der Gesetzgebung im Verein mit der Reichsduma und dem Reichsrat. Eine Gesetzesvorlage, welche von der Duma oder dem Reichsart zurückgewiesen worden ist, darf in derselben Sitzung nicht mehr beraten werden.

Im Falle die Duma vor der Zeit aufgelöst werden sollte, so muß in dem Befehl, welcher diese Auflösung anordnet, auch die Zeit bestimmt werden, wann die Neuwahlen und die neue Sitzungsperiode beginnen werden. Hierbei müssen die Neuwahlen nicht später als vier Monate nach dem Erscheinen des Befehls und die Sitzungen der neuen Duma nicht später als sechs Monate hierauf beginnen.

Die staatsbürgerlichen Rechte jedes Untertans sind nach westeuropäischem Muster festgesetzt. Alle Bürger sind vor dem Gesetz gleich. Die Bürgschaft für die Unverletzlichkeit der Person ist in der Form aufgestellt, daß jede Verhaftung im Verlauf von 24 Stunden zur richterlichen Kenntnis gebracht werden muß.

Im allgemeinen machte der Entwurf einen ganz lieberalen Eindruck bis auf seinen Schlußpunkt, daß gewisse Spezialgesetze eine Ausnahme von den allgemeinen konstitutionellen Rechten enthalten dürfen. Dieser Punkt schwächt die Autorität der juridischen Normen des Entwurfes vollständig ab.

Die Delegiertenversammlung der k.-d. Partei.

Am 11. Januar fand in Petersburg die Delegiertenversammlung der konstitutionell-demokratischen Partei unter dem Vorsitz des Herrn N. J. Petrunkewitsch statt, auf welcher das planvolle Vorgehen der Partei in dem bevorstehenden Wahlkampf zur Beratung gezogen wurde.

Nach einem längeren Bericht eines Delegierten über die Notwendigkeit, sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen mit sämtlichen oppositionellen Gruppen zu verständigen und alle möglichen Mittel zur Bekämpfung des Rückschlages anzuwenden, sofern sich dieselben nicht in einem bewaffneten Aufstand äußern, wurde von der Versammlung folgender Beschluß gefaßt: Aus den zahlreichen Berichten der Delegierten geht hervor, daß die örtlichen Regierungsbehörden sämtliche oppositionelle Parteien, unter anderen auch die konstitutionell-demokratische Partei verfolgen und die freie Vorbereitung zu den Wahlen zu verhindern suchen. Gegen eine solche Politik, welche offenbar darauf hinausgeht, zu sorgen, daß die Wahlen in die Reichsduma nicht frei von statten gehen, sondern eine künstliche Auswahl der Vertreter der Parteien vorbereitet werde, welche der Regierung genehm sind, erhebt die Versammlung der Delegierten der konstitutionell-demokratischen Partei Einspruch und fordert sämtliche Gruppen und einzelne Mitglieder auf, dieser unerwünschten Erscheinung auf das entschiedenste entgegenzuarbeiten und über alle Fälle, in welchen auf die bevorstehenden Wahlen irgendwelcher Druck ausgeübt werden sollte, dem Zentralkomitee Bericht zu erstatten.

Zu den Ereignissen in Homel.

Homel ist neuerdings der Schauplatz einer schrecklichen Verwüstung geworden. Die Anregung hierzu soll die Ermordung eines Polizeipristaws gewesen sein, dessen Leiche in der Nacht auf den 12. Januar auf einer der Straßen der Stadt aufgefunden wurde, ohne daß eine Spur der Täter hätte ermittelt werden können. Indes verbreitete sich am nächsten Tage ein Gerücht, wonach diese Tat durch die Hebräer ins Werk gesetzt worden sei, und alsbald darauf ein weiteres, welches die Zerstörung der hebräischen Häuser und Magazine in der Stadt ankündigte.

Über den Verlauf der Zerstörungsarbeit werden einem Mitarbeiter des „R. Sl." von einem Augenzeuge folgende Einzelheiten erzählt:

Am 13. Januar um 4 Uhr nachmittags erschienen auf der Hauptstraße, wo sich die größten und reichsten hebräischen Magazine und Häuser befanden, einige Kubansche Kosaken zu Fuß in Begleitung von 5—6 Hooligans und begannen ihr Zerstörungswerk. Was wertvoller war, wurde geraubt und geplündert, das übrige zerschlagen und zertrümmert und zuletzt das ausgeplünderte Haus in Brand gesteckt. So wurde gearbeitet bis 4 Uhr nachts des 14. Januar. Etwa 50 Magazine und das Kaufhaus, welches gegen 60 Kaufläden enthielt, sind teils zerstört, teils niedergebrannt. Das schlimmste an der Sache jedoch ist, daß die Feuerwehr und die städtische und freiwillige Schutzwehr, welche an der Brandstätte erschienen, um das Feuer zu löschen, von den Kosaken mit Flintensalven empfangen wurden. Die Befehle der Polizei- und Militärbeamten, das Mordbrennen einzustellen, fanden bei den Zerstörern taube Ohren.

Was ist nun aber die Ursache dieser Verwüstung?

Der Augenzeuge, der diese Mitteilung macht, behauptet, daß es durchaus nicht das schwarze Element oder die Hooligans sind, welchen diese Verwüstung zu verdanken wäre, sondern vielmehr die Kosaken, die in der Ermordung des Polizisten einen Vorwand gefunden zu haben glaubten, das Zerstörungswerk in Ausführung zu bringen, um sich dadurch endlich von einer unliebsamen Bürde zu befreien. Die Kosaken seien nämlich schon längst den schweren Polizeidienst müde und sehnen sich nach ihrer Heimat, ihre Bitten um Entlassung seien aber bisher immer unerhört geblieben. Jedenfalls glauben sie nun, wenn sie auf diese Weise vorgehen, von seiten der Stadt in der Erreichung ihres Zieles unterstützt zu werden und rascher in die Heimat zu gelangen.

Die Lage im Kaukasus.

Tiflis, der Sitz des Statthalters, kann mit Recht der Mittelpunkt der Unruhen im Kaukasus genannt werden. Im Juni und Juli vorigen Jahres war diese Stadt vollständig in den Händen der Revolutionäre, sodaß die Bewohner eine dumpfe Verzweiflung ergriffen hatte. Ein unvorsichtiges, unbedacht gesprochenes Wort hatte man mit dem Tode zu bezahlen. Ganz besonders schwer waren die Tage nach dem 17. Oktober, wo eine Menge von drei- bis viertausend Menschen die Straßen mit dem Rufe durchzog: „Nieder mit dem Zar, nieder mit dem doppelköpfigen Adler, nieder mit den Russen, nieder mit den Mützen vor den roten Fahnen!" So begrüßten die Armenier und Grusinier das Manifest, ohne daß sie von irgendwelcher Seite gestört worden wären. Seit jenen Tagen läßt sich beobachten — denn in die Blätter dringt darüber nur wenig — daß die Unruhen im Kaukasus nicht nur nicht abnehmen, sondern wachsen und sich ihr Ende nicht voraussehen läßt.

Was hat der Statthalter dem Kaukasus mit seinem „Programm," seinem Vertrauen und herzlichen Verhalten gebracht? Ströme von Blut sind geflossen, Städte und Dörfer niedergebrannt, die Gutsbesitzer und Bauern sind verarmt und die russische Staatsgewalt ist aufs äußerste in Verruf gekommen. Das alles hat der Statthalter dem Kaukasus mit seiner Friedenspalme und der Vertretung der örtlichen Interessen gebracht. Es ist ja weit bequemer, auf Rechnung der allgemeinstaatlichen Interessen volkstümlich zu werden und dafür Lobeshymnen in der örtlichen Presse zu ernten, als auf der Wacht der Staatsinteressen zu stehen und dafür dem Dolch oder einer Bombe eines feilen Meuchelmörders zum Opfer zu fallen. „Her."

Meuterei in Wladiwostok.

Aus Wladiwostok wird berichtet, daß die Matrosen der sibirischen Schiffsmannschaft am 9. Januar das Zeughaus zertrümmerten und die vorgefundenen Waffen und Patronen hinwegnahmen. Am 10. Januar fand sodann eine Versammlung statt, auf welcher die Matrosen mit Gewehren und Patronen erschienen. Als die Versammlung beendigt war, begaben sich dieselben zu der Wohnung des Festungskommandanten und verlangten die Befreiung der Verhafteten. Der Zug wurde vermittelst Schnellfeuergeschütze zum Halt gebracht. Die Matrosen stoben auseinander, und gegen Abend wurde es in der Stadt ruhiger. Am 11. Januar wurde General Seliwanow schwer verwundet, und zwar unter folgenden Umständen: Artilleristen, die mit Gewehren versehen waren, besetzten am 11. Januar die Innokentiew-Batterie. Der Festungskommandant Seliwanow erschien persönlich, um sie zu überreden und, scheinbar, mit Erfolg. Als er sich jedoch entfernte, gaben die Artilleristen auf ihn Feuer, wodurch er an Brust und Hals verwundet wurde. Daher wurden aus Nikolsk-Ussuriisk 600 Mann Kosaken mit Schnellfeuergeschützen nach Wladiwostok abgesandt. Zum Kommandanten ist Generaladjutant Mischtschenko ernannt.

Von den Kolonien.

Wolhynien.

Bekanntlich sind unsere deutschen Kolonisten zerstreut in allen Winkeln Rußlands. Gibt es doch zahlreiche deutsche Ansiedlungen im Süden (in Taurien, Bessarabien, Cherson, Jekaterinoslaw), im Kaukasus, an der Wolga, am Ural (Ufa, Orenburg), selbst in Sibirien; außerdem, abgesehen von den einzelnen Ansiedlungen in Kleinrußland, den Ostsee-Provinzen u. a., haben wir eine Menge deutscher Kolonien im Südwestgebiet (Kiew, Podolien, Wolhynien). In Wolhynien allein sind annähernd 400 deutsche Dörfer.

In wirtschaftlicher Beziehung sind die rußländischen Kolonien sehr verschieden eingerichtet. Während an der Wolga und zum Teil im Kaukasus Parzellen- oder „Lappenwirtschaft" existiert, haben die im Süden und Westen Chutor- oder Farmwirtschaft.

Die Wolhyn'schen Deutschen, von denen hier die Rede sein wird, sowie auch die übrigen dortigen Kolonisten, die Tschechen, haben ebenfalls alle Chutorwirtschaft. Die Dörfer selbst sind nach unsern Begriffen sehr klein: nur wenige Kolonien zählen 120—150 Wirte, — doch dehnen sie sich infolge ihrer wirtschaftlichen Einrichtung nicht selten auf 8—10 Werst in die Länge. Jeder Wirt hat nämlich seinen Wohnsitz auf dem Landstückchen, das er bearbeitet, ebenso wie die Mennoniten im Nowousenschen Kreise. Bei ihren kleinen Unbequemlichkeiten in bezug auf Schule und Kirche hat diese Wirtschaftseinrichtung den großen Vorzug, daß der Wirt sein Land gut bearbeiten und regelmäßig düngen kann, daß die Fahrzeuge nicht so rasch ruiniert werden durch Hin- und Herschleppen von Feld zu Feld, von Acker zu Acker, daß das Futter nicht zu grunde gehen oder 40—50 Werst weit geschleppt werden muß.

Gegründet wurden die Wohlhyn'schen Kolonien hauptsächlich in der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts; nur einige Mennonitenkolonien wurden vor 100 Jahren angelegt. Doch die Mennoniten verließen Rußland, als im Jahre 1874 allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden sollte, und zogen nach Amerika, indem sie ihr Besitztum an deutsche Kolonisten aus Polen verkauften. Die jetzigen Wolhyn'schen Deutschen stammen überhaupt aus Polen, denn während des letzten polnischen Aufstandes 1863 mußten die dortigen Kolonisten, deren Väter sich in den 60-er Jahren des XVIII. Jahrhunderts aus Deutschland dort angesiedelt hatten, haufenweise südwärts flüchten und sich in den Poless'schen Wäldern und Sümpfen niederlassen. Die Wolhyn'schen Barone und Fürsten nahmen unsere Pionniere mit Freuden auf und verpachteten ihnen das nötige Land, das unter Wäldern und Sümpfen lag, auf lange Termine und natürlich sehr billig, denn zur damaligen Zeit ging in Wolhynien das wenige gereinigte Land zu Spottpreisen. Nun begann die Pionieren-Arbeit in der bisher unzugänglichen Wildnis: Sümpfe wurden getrocknet, Wälder ausgerottet. Das war eine wahre Ägyptische Arbeit! Die Leute mußten sich quälen wie Lastpferde und dabei in Erdhütten wohnen, Hunger leiden und schreckliche epidemische Krankheiten durchmachen. Trotzdem brachten sie es durch Nüchternheit, Fleiß und Sparsamkeit bald dahin, daß sie sich anstatt der Hütten gemütliche Häuschen und Nebengebäude errichten konnten, denn das frischgereinigte Land brachte mit jedem Jahre reichere Ernten. Die Gutsherren folgten dem lockenden Beispiel der Kolonisten: fällten Holz, trockneten Sümpfe und befaßten sich mit Landbau. Der Pachtpreis für den Morgen (= 1/2 Dessjatine), der vor kurzem unter 50 K. stand, erstieg bald die Höhe von einigen Rubeln.

Die Regierung fing unterdessen an, die Kolonisten stark zu verfolgen. Die Tschechen, die sich unterdessen auch angesiedelt hatten, mußten ihren Glauben lassen und sich der russischen (orthoxen) Kirche anschließen, um nicht vom eigenen Lande und von Haus und Hof gejagt zu werden. Den Deutschen, die sich von den „Verrussern" nicht einschüchtern ließen, wurde dafür das Recht genommen, das gepachtete Land auszukaufen. Unter Alexander III. wurde ein Gesetz verfaßt, das direkt auf die Kolonisten zu zielen schien, nämlich: man durfte nicht auf länger als auf 12 Jahre Land pachten. Jetzt atmeten unsere Fürsten leichter auf. Sie hätten das von den Kolonisten gereinigte und bebaute Land diesen schon längst gerne weggenommen und teurer verpachtet, denn die Preise hatten sich ja schon wiederholt verdoppelt. Die Kolonisten, deren Kontrakte noch für 20—30 Jahre galten, mußten um jeden Preis herausgeschmissen werden! Und dazu waren alle Mittel heilig. Die einen lockten den Kolonisten ihre Kontrakte betrügerisch aus den Händen und vernichteten dieselben; die anderen nahmen unter diesem oder jenem Vorwand das Pachtgeld zum Termin nicht an, damit der Kontrakt „verletzt" wurde. Nun wurden die Kolonisten vor Gericht herumgeschleppt und schließlich, laut Verfügung des Gerichtes, von der Polizei aus ihren Wirtschaften herausgejagt. Und so mußte eine manche Kolonie alles im Stiche lassen und von neuem anfangen. Solche traurige Erfahrungen machten die Kolonisten ein bißchen vorsichtiger. Die meisten Pächter tragen nun ihre Pachtgelder nicht direkt, sondern durch den Friedensrichter ein.

Einzelnen Kolonien stand sehr oft die Gelegenheit in Aussicht, das gepachtete Land dem Besitzer abzukaufen, aber nur selten wollte es gelingen, Kaufrechte auszuwirken. Doch wo der Verkäufer ein Senator oder sonst eine hohe Person war, ging die Sache schließlich los . . .

In konfessioneller Hinsicht wurden die Kolonisten auch immer härter und härter gedrückt. So durften sogar die wenigen Eigentumskolonien keine Kirchen bauen; von den Pachtkolonien gar nicht zu reden! Das Rownoer Kirchspiel, z. B., das aus 43 Kolonien besteht, hat keine einzige Kirche . . . Die Schule wurde eben so rücksichtslos verfolgt und energisch russifiziert.

Alles das erkannten und fühlten unsere Wolhynier sehr gut. Sie wußten, daß sie alle Bürgerpflichten (Wehr-, Steuer- und viele andere Pflichten) tragen und dafür weiter keine Bürgerrechte besitzen, als das Recht zum Zahlen und zum Schweigen. Aber wir sind ja Deutsche. Wenn es uns noch und noch so hart kommt, so beklagen wir uns nicht einmal am gehörigen Ort. Es wurde wohl manchmal im stillen ein bißchen vor sich hingebrummt, aber dabei blieb's auch . . .

Doch als Rußland endlich anfing, seinen gräßlichen Zustand zu erkennen und über gründliche Reformen nachzudenken, da waren es die Wolhynier, die sich durchaus empfindungsfähig erwiesen für die Lage der Dinge. Nach Veröffentlichung des Erlasses über die Glaubensfreiheit wurden hier sofort Kreuze auf den Bethäusern aufgestellt. Und sogleich nach der Erscheinung des Manifestes vom 17. Oktober fingen die Kolonisten an, Gemeindebeschlüsse (Petitionen) abzufertigen. In den Petitionen steht an erster Stelle die Bitte: Die Regierung möge den Pächtern das gepachtete Land jetzt selbst auskaufen und ohne Abzahlung; dann: freie Schule mit voller Berechtigung der Muttersprache u. s. w. Wenn alle Beschlüsse abgefaßt sind, soll eine Deputation nach Petersburg abgesandt werden, um die Petition gehörigen Ortes zu unterbreiten. Ein Teil der Wolhyn'schen Pastoren kam der Sache mit Zuneigung entgegen; die andern, im Gegenteil, weisen die Sache von sich, da sie in der Agrarfrage etwas Revolutionäres erblicken. Dessenungeachtet wird das gute Werk wohl zu stande kommen.

P. Sinner.

Tokmak (Gouvernement Taurien), 11. Januar 1906. Am 28. und 29. Dezemb. fanden dahier zwei Versammlungen statt, die von den hiesigen deutschen Einwohnern: Katholiken, Lutheranern und Mennoniten zahlreich besucht wurden. P. Dr. Konstantin Staub von Prischib hielt die Vorträge. In der ersten Versammlung sprach er Eingangs seines Vortrags über die Naturnotwendigkeit und den Zweck des Staates; hauptsächlich verbreitete er sich aber über die heutzutage in Rußland heißumstrittene Frage, welche Staatsverfassung die beste sei. Nachdem der Redner die verschiedenen Arten der Staatsverfassungen klargelegt (wie absolute und gemäßigte Monarchie und Republik), führte er das weitere an der Hand von Tatsachen aus, daß für das gegenwärtige Rußland die gemäßigte (konstitutionelle) Monarchie die beste Staatsverfassung sei; denn diese biete die sicherste Bürgschaft zur Erreichung des Staatszweckes, der in der öffentlichen Wohlfahrt, d. h. Rechtssicherheit, Eintracht und Ordnung unter den Bürgern besteht. Diese Staatsverfassung entspricht auch mehr als die Republik der Geschichte, der Erziehung und dem Charakter des russischen Volkes und trägt auch dem jetzigen Bildungsgrade Rechnung. Die Sozialisten und Revolutionäre zeigen, daß sie keinen völkerpsychologischen Blick besitzen, indem sie die Republik einführen wollen (auch in Tokmak wird dafür Propaganda gemacht), da die Masse kein Verständnis dafür hat. Das Volk, mündig geworden, will mitregieren aber nicht ohne den Zaren. Die Versammlung folgte den Ausführungen des Redners, trotzdem er über 1½ St. sprach, mit der größten Aufmerksamkeit.

Armand Fallières,

der neue Präsident der französischen Republik, Nachfolger des Herrn Loubet, dessen siebenjähriges Mandat abgelaufen ist. Fallieres ist wie Loubet Südfranzose. Er ist nicht weniger als siebenmal Minister und einmal Ministerpräsident gewesen und spielt seit 30 Jahren in der Politik eine große Rolle.

In dem am 29. Dez. stattgefundenen Vortrag, verbreitete sich der Redner über die Arbeiter- und Bauernfrage, wie den berechtigten Klagen, hauptsächlich der gewerblichen Arbeiter und Bauern, abzuhelfen sei.

Auch dem letzten Arbeiter muß ein, nach unsern heutigen Begriffen, menschenwürdiges Dasein verschafft werden. Er muß den, seiner Arbeit entsprechenden, Anteil an den Gütern der modernen Kultur genießen können. Hierzu muß ihm die staatliche Gesetzgebung verhelfen. Einer der tiefsten Schäden der heutigen Ordnung in Rußland ist das Gefühl des Unbehagens und der Unsicherheit der Existenz, welches den Arbeiter beständig drückt und ihm die Lust zur frohen Arbeit raubt. Die Gesetzgebung muß daher die Gesundheit und das Leben des Arbeiters wirksam in Schutz nehmen. Vor allem aber muß für den Arbeiter zur Zeit der Arbeitsunfähigkeit, verursacht durch Unfälle, Krankheit und Alter, gesorgt werden. Was nun die Bauernfrage anbelangt, so sah der Redner die Lösung derselben 1) in einer gerechten Verteilung der verschiedenen Staatsländereien an die landlosen und landarmen Bauern, zum persönlichen, nicht gemeinschaftlichen, Besitz, mit der Verpflichtung der Auszahlung in der Form einer geringen Steuer, 2) in dem Ankauf von Privatländereien, zu demselben Zwecke, auf Kosten des Staates, indem die jetzigen Besitzer nach gerechter Abschätzung (nicht nach dem Marktpreise) zu vergüten seien. Der Schluß bildete eine sarkastische Kritik des sozialistischen Zukunftsstaates.

Beide Versammlungen verliefen in schönster Ordnung.

T.

Sosnowkaer Wolostamt.

Unser Wolostamt hat ein Flugblatt in deutscher Sprache abdrucken lassen, und nun wird dasselben verbreitet unter der Bevölkerung. Das Blatt enthält das Manifest vom 17. Oktober und eine eingehende Erklärung dazu. Zuerst wird da die bisherige russische Staatsordnung geschildert, dann die Freiheiten: persönliche Unantastbarkeit, Religionsfreiheit, Freiheit des Wortes, Versammlungsfreiheit und Vereinsfreiheit erklärt. Zum Schluß wird hervorgehoben, daß von nun an „kein Gesetz ohne die Gutheißung der Reichsduma Kraft erhalte."

Selbstverständlich wird das Blättchen mit großem Interesse gelesen. Es wäre wünschenswert, auch sonst unter der Bevölkerung ähnliche Blätter verbreitet zu sehen.

S.

Anm. der Redaktion: Den von allen Seiten erfolgenden Anfragen entgegenkommend, werden wir eine Erklärung des Manifestes in der nächsten Nummer geben.

Warenburg, Kreis Nowousensk, den 10. Januar 1906. Auf den vor kurzem stattgefundenen Gemeinde- und Kreisversammlungen unserer Gegend wurden die Kostenverschläge für 1906 gemacht, wobei es besonders über die kleinen Beamten herging.

Bei uns im Tarlikschen Kreise ging es indes nur in Tinkel schlimm her, aber am Ende siegte doch die gemäßigte Partei, und es blieb „beim alten".

An andern Orten, wie im Bisukschen und Torguner Kreise, wurde den Angestellten der Gemeinde am Gehalt abgebrochen.

Weil die großen Herren in Petersburg und in der Mandschurei so große Gehalte beziehen, so suchte sich der Volksunwille an den niederen Dorfbeamten zu entschädigen. Gewiß ein Unsinn, aber der Unwille will sich doch an etwas auslassen.

Es wäre doch endlich Zeit, daß die Unterhaltung der ganzen Dorfverwaltung auf Kronsrechnung genommen würde, da dieselbe ja in Wirklichkeit mehr für die Regierung arbeitet, als für die Dorfgemeinde, von welcher sie bezahlt wird. Dabei hat die Arbeit für die Regierung noch immer den Vorzug, und oft muß die Sache der Gemeinde zurückbleiben, weil die Arbeiten für die Regierung von der höheren Obrigkeit verlangt werden und zwar meistenteils sehr dringend.

Die Regierung könnte ja recht gut diese Gelder in Steuerverschlag mit aufnehmen; dann wäre doch viel weniger Zänkerei im Dorfe mit den Beamten und auch zwischen den Gemeindegliedern. Besonders gilt dies auch von den Volkslehrern, welche im allgemeinen sehr unbeliebt sind, was doch nicht so sein sollte.

Ch. Schneider.

Ausland.

Widerhall der russischen Revolution im Ausland.

Die Berliner Sozialdemokratie hatte, in Erinnerung an die Petersburger blutigen Ereignisse des 9. Januar vorigen Jahres, den vorvorletzten Sonntag als „roten Sonntag" zu einer großartigen Veranstaltung auserwählt. In 31 großen Sälen wurden vor einer zahlreichen Zuhörerschaft feurige Reden gehalten, von denen nur die des Abg. Singer, und zwar nur einige Worte derselben, die sich auf die russischen Vorgänge beziehen, erwähnt seien. Der Redner sagte unter anderem:

„Die glorreiche russische Bewegung ist von welthistorischer Bedeutung. Allerdings kann die russische Revolution nicht die Folgen haben, das sozialdemokratische Endziel zu verwirklichen; denn dazu ist die wirtschaftliche Lage in Rußland noch nicht reif. Aber die Revolution kann als Anfang einer neuen Zeit betrachtet werdet. Der Flammenschein im Osten hat die Welt erhellt. Wie einst die glorreiche französische Revolution, hat auch die russische Revolution befruchtend jenseit der Grenzen gewirkt. Angeführt durch die russische Revolution, sind in Österreich und in Ungarn heldenmütige Anstrengungen für die Wahlrechtsreform in Szene gesetzt worden. Auch in Deutschland sehen wir die Propaganda für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht immer mehr sich ausbreiten, so in Sachsen, Baden, Württemberg, Bayern."

Aus Rom wird unter dem 22. (9.) Januar gemeldet: Trotz des Verbotes der Behörden fanden in Rom, Turin, Bari, Neapel, Perugia und anderen Städten Volksversammlungen unter dem Namen „Pro Russia" (für Rußland) statt, die durchaus den Charakter sozialistischer Kundgebungen trugen. In Rom beteiligten sich an der Versammlung im Botanischen Garten etwa 6000 Personen, die durch berittene Carabinieri und Ulanen zerstreut wurden. Mehrere Offiziere und Unteroffiziere wurden dabei durch Steinwürfe verletzt. Die Mannschaften konnten nur mit Mühe von den Offizieren veranlaßt werden, ruhig zu bleiben. Die Wut der Menge, in der sich viel Gesindel befand, richtete sich sodann gegen die Straßenbahnen. Es wurden viele Verhaftungen vorgenommen.

In Belgien hatten die Sozialisten am vorvorletzten Sonntag und Montag in 32 Hauptorten ihrer Wahlbezirke Volksversammlungen zu Gunsten der russischen Revolution veranstaltet. Überall traten als Redner sozialistische Abgeordnete auf, die auch Wahlpropaganda machten. Da die Rede- und Versammlungsfreiheit unbeschränkt und das Entfalten roter Fahnen dort nicht verboten ist, sollten keine Polizeimaßregeln getroffen werden, da keine Ruhestörungen zu befürchten seien. Die Sozialistenführer selbst und die Ortsbehörden gewährleisteten die Aufrechterhaltung der Ordnung in den Versammlungen und bei den Straßenumzügen.

Die Volksvertretung in Persien und der Schah.

Das Auftreten der Kaufleute in Teheran gegen die Regierung hat den Schah veranlaßt, dem Lande eine Art Parlament, das „Haus der Gerechtigkeit", zu versprechen, dem eine verwaltende und gesetzgeberische Tätigkeit obliegen soll. Damit würde also dem von einer gewissenlosen Verwaltung mißhandelten Persien endlich eine bessere Zukunft winken, denn kaum irgendwo anders hat die Hofpartei auf den Herrscher so großen Einfluß und das Günstlingswesen ein so freies Spiel wie in Persien. Der Schah kümmert sich nur insofern um Staatsgeschäfte, als er dem Großwesir Anweisung gibt, Geld heranzuschaffen, wenn dazu Bedarf vorliegt, wie z. B. bei den Reisen des Schahs nach Europa, die immer riesige Summen verschlingen. Das gegenwärtige Regierungssystem in Persien ist, seitdem der jetzige Großwesir an der Spitze steht, für die Ausländer noch ungünstiger als früher. Es gibt in Teheran 700—800 Europäer, in Ispahan nur 26. Möglicherweise tritt in dieser Beziehung eine Wandlung ein, wenn das „Haus der Gerechtigkeit" zur Wirklichkeit wird. Von besonderer Bedeutung könnte die Einrichtung natürlich für die Verwaltung des Landes sein. Der Bauernstand leidet unter einem fürchterlichen Druck des Beamtentums und die Hilfsquellen des Landes werden so gut wie gar nicht ausgenutzt. Ob aber die geplante „Volksvertretung" von Nutzen sein wird, hängt von deren Zusammensetzung ab. Die Vertreter sollen von der Geistlichkeit, der Kaufmannschaft und den Grundbesitzern gewählt werden. Wenn die Geistlichkeit, die in Persien auf die Bevölkerung den größten Einfluß ausübt, aber allen Neuerungen abhold ist, im „Hause der Gerechtigkeit" die stärkste Vertretung erhält, würde sie den Reformbestrebungen der Kaufleute und der Grundbesitzer erfolgreichen Widerstand leisten können.

Lokales.

Durch ein Rundschreiben des Gouverneurs von Saratow an die Polizeimeister und Kreischefs, das in den „Gub. Wed." abgedruckt ist, wird das zeitweilige Verbot der öffentlichen Versammlungen in Bezug auf Saratow vom 1. Februar an aufgehoben.

Deutscher Verein. In Saratow ist ein „Deutscher Verein" im Entstehen begriffen, welcher die engere Vereinigung der hier wohnenden Deutschen bezweckt. Gegenwärtig wird an dem Entwurf der Vereinsstatuten gearbeitet, welcher, wie wir erfahren, in kurzem der allgemeinen Versammlung der Mitglieder zur Bestätigung vorgelegt werden soll.

Die Deutschen in Saratow. Das politische Leben der Gegenwart hat die Entstehung und das Aufleben von Fragen bewirkt, die jeden in ihren Bannkreis ziehen, so fern er der Politik auch stehen mag. So scheint es auch, daß in der hiesigen deutschen Gesellschaft die Wünsche immer deutlicher hervortreten, zu den Zeitfragen Stellung zu nehmen. Es wurde der Versuch gemacht, eine deutsche politische Versammlung abzuhalten, um den Anschluß an die konstitutionell-demokratische Partei (Partei der Volksfreiheit) zu erwägen. Doch zeitigte diese Versammlung keine Resultate im letzteren Sinne. Es ist klar, daß die Deutschen nicht in einer russischen Partei aufgehen möchten. Eine politische Vereinigung der Deutschen ist eine dringende Aufgabe der nächsten Zukunft. Es wäre dagegen schon für die allernächste Zeit von höchster Wichtigkeit, daß wir — Deutsche in Saratow — einen Zusammenschluß auf dem Boden suchten, wo unsere Interessen — welcher politischen Gesinnung wir überhaupt angehören mögen — wie in einem Schneidepunkt zusammenlaufen: nämlich auf dem Gebiete der deutschen Kulturbestrebungen. Solch ein Zusammenschluß, der zunächst aus einem nicht politischen Zwecke zustande kommen könnte, würde die Organisation und Verstärkung der Wirksamkeit derjenigen Kräfte, derjenigen Bürger herbeiführen, die für die Hebung der geistigen und materiellen Kultur unter den Deutschen sowohl in der Stadt, als auch auf dem Lande, arbeiten wollen.

Im Interesse der deutschen Sache wäre dringend zu wünschen, daß die Verschiedenheit der politischen Überzeugung, soweit sie nicht der reaktionären Richtung angehört, nicht zu allgemeinem Schaden in einen Zwist überginge, der uns jede aufbauende, kulturelle Arbeit unmöglich machte.

Die „Deutsche Zeitung", die sich kulturelle Aufgaben stellt, wird gewiß das Zusammengehen der Deutschen zu fördern suchen.

Ad. L.

Eine Hochschule in Saratow. In Saratow ist eine Abordnung der Professoren des Instituts in Nowo-Alexandrien im Bestande des Direktors des Instituts A. J. Skworzow und der Professoren N. G. Scholz von Aschersleben und J. W. Samoilow angekommen. Am 23. Jan. besahen sich die Professoren im Stadtamt gemeinsam mit diesem, den Stadtagronomen, Förstern und einigen Abgeordneten die Pläne der freien Plätze. Abends wurde diese Frage in der Duma beraten. Die Gouvernementslandschaftsversammlung wählte in der Sitzung am 22. Jan. eine besondere Kommission zur vorläufigen Erwägung dieser Frage. Am Abende desselben Tages versammelte sich die Kommission und beschloß, die Bitte um Überführung des Instituts nach Saratow vor dem Ministerium aufrecht zu erhalten, indem sie dem früheren Beschluß der Versammlung (1897) beipflichtete, laut welchem zu diesem Zwecke 150 tausend Rubel bestimmt werden.

Der Verein der hiesigen Handlungsgehilfen (о-во приказч.) und der Verband der Kontoristen (союзъ конторщ.) bringen durch einen Aufruf ihren Mitgliedern in Erinnerung, daß die Teilnahme der Handlungsangestellten an den Wahlen in ihrem eigenen Interesse notwendig sei. Wenn auch nicht ein einziger aus der Mitte der Handlungsangestellten Aussichten habe, in die Reichsduma gewählt zu werden, so könnten sie doch die Wahl jener Kandidaten unterstützen, welche im vollen Maße der Interessen der arbeitenden Klasse im allgemeinen und diejenigen der Handlungsangestellten im besonderen vertreten. Um aber an den Wahlen teilnehmen zu können, sei es notwendig, sich jetzt schon das Recht hierzu zu sichern, nämlich sich sofort in die Wählerlisten eintragen zu lassen. Zum Schluß fordert der Vorstand des Vereins jedes wahlberechtigte Mitglied auf, ihm Mitteilung zu machen, in welchem Wahlrayon es seine Stimme abgeben werde.

Eine außerordentliche Versammlung der Saratower Kreislandschaft fand am 21. Januar statt. Zuerst wurde die Frage aufgeworfen, ob ein Landschaftsmitglied (im gegebenen Falle H. Babuschkin), das als Prokureur angestellt wird, an der Landschaft beteiligt bleiben kann oder nicht. Nach kurzem Meinungsaustausch wurde die Frage im bejahenden Sinne gelöst, da H. Babuschkin als Prokureur nicht hier, sondern in Samara dienen wird.

Die kritische Lage der Landschaftskasse erregte die besondere Aufmerksamkeit der Versammlung. Da im letzten Jahre, infolge der Mißernte, keine Steuer eingezahlt werden konnte, mußte eine Anleihe von 125,000 R. gemacht werden. Und da nun die Lage noch schwieriger geworden ist, empfiehlt das Landamt, um eine Unterstützung von 250,000 R. an die Regierung einzukommen und nötigen Falls alle Prozentscheine der Landschaft versetzen zu dürfen. Die Versammlung genehmigt diesen Vorschlag ohne weiteres.

Der Landamts-Präsident kündet der Versammlung an, daß der Gouverneur gegen 6 Punkte des Journals der letzten ordentlichen Versammlung Protest eingelegt hat. Die wichtigsten dieser Punkte sind: 1. Beschützung der Stadt- und Landbevölkerung gegen das „schwarze Hundert," 2. dem Schulinspektor das Gehalt von der Landschaft einstellen. 3. Anstatt dessen beruft die Landschaft ihren eigenen Leiter der Schule, einen bekannten Pädagogen, und zahlt ihm 2000 R. jährlich; 4. Die Landschaft beruft zwei Wander-Lektoren, die der Bevölkerung die brennendsten Zeitfragen aufzuklären haben.

Über 2000 Reservisten des Saratower Kreises waren nach dem fernen Osten berufen.

Die meisten von ihnen mußten das letzte Pferd verkaufen. Nun verfügte die Versammlung, eine Unterstützung oder Anleihe von der Regierung auszuwirken und für die ärmste Bevölkerung Pferde zu kaufen. Zurzeit sind schon über 800 Bitten von Pferdlosen eingereicht.

Das Landamt berichtet der Versammlung von der kritischen Lage einer Reihe von Landschaftsschulen (in Rybuschka, Adojewschtschina und and.) und bittet um Erlaubnis, in diesem Jahre den Teil Ausgaben, welchen die ärmsten Gemeinden zu bestreiten haben, auf Kosten der Landschaft zu nehmen. Im ganzen tragen die Gemeinden des Saratower Kreises 15,518 Rbl. 90 Kop. Schulauslagen, die die Landschaft im nächsten Jahre ganz auf sich nehmen will.

Der Antrag des Finanzministers, eine Vermittelungs-Kommission zu wählen, die der Bauernlandbank beim Landkaufe der Bauern behilflich sein sollte, wurde abgelehnt, da die Tätigkeit einer solchen Kommission die Agrarfrage noch mehr verwickeln helfen würde. Dagegen wurde der schon existierenden „ökonomischen Kommission" Auftrag gegeben, zur Einberufung der Reichsduma Materialien zu sammeln über die Lage der Agrarfrage, die nur in der Duma gelöst werden könne.

Schließlich wurde als Landamtsglied der Bauer J. N. Lukow von 20 Stimmen gegen 3 gewählt. J. P.

Was hört man Neues?

Laut Allerhöchster Verordnung wird der Zinsfuß für die Einlagen in der Sparkasse bei der Reichsbank vom 1. Februar 1906 bis auf 4% erhöht, jedoch nur für die Summen bis 1000 R.

Am 16. Januar ist der König von Dänemark Christian IX. im Alter von beinahe 88 Jahren gestorben. Sein ältester Sohn Friedrich hat unter dem Namen Friedrich VIII. den Königsthron von Dänemark bestiegen. Christian IX. war der königliche Vater der Erlauchten Mutter Seiner Kaiserlichen Majestät des Kaisers Nikolaus II., Maria Feodorowna, also der Erlauchte Großvater Seiner Kaiserlichen Majestät von mütterlicher Seite.

Der Militär-Gouverneur von Kielzy Bobylew macht bekannt, daß alle diejenigen, bei denen sich Waffen oder Sprengstoffe vorfinden, als Ruhestörer betrachtet und auf Grund des Kriegsrechts ohne vorhergegangenes Gericht hingerichtet werden.

Im amtlichen Teil der „Pet. Wed." vom 20. Januar wird berichtet, daß Bauern aus 60 Kreisämtern, darunter auch Krasnojar und Tonkoschurowka (Mariental), Kreis Nowousensk, an Seine Kaiserliche Majestät Dank- und Ergebenheitstelegramme gesandt haben. Auf der diesbezüglichen alleruntertänigsten Unterlegung des Ministers des Innern geruhte Seine Kaiserliche Majestät höchsteigenhändig zu schreiben: „Искренно всѣхъ благодарю." (Danke allen herzlich.)

Der Minister der Volksaufklärung hat den Landschaften das Recht erwirkt, nicht bloß einklassige Elementarschulen, sondern auch zweiklassige mit fünfjährigem Kursus zu eröffnen. Außerdem wird in dem Bestande der Kreisschulräte das landschaftliche Element künftighin stärker vertreten sein, indem in den Bestand die Vorsitzenden der Landschaftsverwaltungen mit entscheidendem Stimmrecht eingeschlossen werden.

Die Hauptverwaltung der Landeinrichtung und Landwirtschaft beruft zum 14. Februar eine Versammlung der Verwalter der Reichsdomäne zur Beurteilung der Frage über das Verpachten von Kronsländereien an die Bauern ohne öffentliche Versteigerung. Äußerst teilnehmend in Bezug auf diese Idee benahmen sich die Landschaften von Samara und Ufa. Zu gleicher Zeit hat sich auch die Frage aufgeworfen über die Einrichtung der landarmen und landlosen Bauern des Gouvernements Bessarabien. Zur schnelleren Versorgung dieser mit Land wird die Einziehung der Ländereien der ausländischen orthodoxen Klöster in Aussicht genommen, deren sich im Gouv. Bessarabien gegen 120 tausend Dessjat. und 40 tausend Dessjat. Wald befinden und welche jährlich ungefähr eine Million Rubel einbringen. Dieses Geld wurde bisher den Klöstern ins Ausland zugeschickt. Wie „R. W." mitteilen, wird beabsichtigt, diese Ländereien von den Klöstern zu Gunsten der Bauern einzuziehen, vorher jedoch sie den Bauern in Pacht zu geben.

Vom 12. Dezember v. J. bis zum 12. Januar 1906 sind, wie „Wetsch. Gas." meldet, insgesamt 78 Zeitungen eingestellt worden. Hauptsächlich sind dadurch die Städte Petersburg, Moskau, Warschau betroffen worden, dann Lodz, Odessa, Kiew, Riga u. a. Städte. Es sind 58 Redakteure verhaftet worden, von denen 46 gegen Bürgschaft freigelassen wurden. Die Bürgschaftssummen betragen insgesamt 386,500 Rbl.

Der Kriegszustand besteht, wie dasselbe Blatt meldet, in 62 Rayons, der außerordentliche Schutz in 23 Rayons und der verstärkte Schutz in 18 Rayons. In 14 Städten des Reichs sollen die Gefängnisse überfüllt sein.

Bei geschlossenen Türen wurde am 13. Januar gegen den verantwortlichen Redakteur der „Lodzer Zeitung," Roman Petersilge, auf Grund des Punktes 3 § 129 des Strafgesetzbuches vor den Schranken des Warschauer Gerichtshofes verhandelt. Auf Grund des Gesetzes vom 24. November 1905, Abschnitt VIII, § 7 und 59 des Strafgesetzbuches wurde auf eine Geldstrafe von 200 Rubeln erkannt. Die Einstellung der „Lodzer Zeitung" wurde abgeändert.

Beim Empfang einer Deputation der Bauern aus dem Kreise Schtschigry, Gouvernement Kursk, und Entgegennahme einer Egebenheitsadresse derselben am 18. Januar in Zarskoje Selo, wandte sich Seine Majestät der Kaiser an die Deputierten mit folgenden Worten:

„Ich bin sehr erfreut, Euch zu sehen; Ihr, Brüder, müßt natürlich wissen, daß ein jedes Eigentumsrecht unantastbar ist; was dem Gutsbesitzer gehört, gehört ihm; was den Bauern gehört, gehört den Bauern. Das im Besitz der Gutsbesitzer befindliche Land gehört ihnen nach demselben unantastbaren Recht, wie Euer Land Euch gehört. Anders kann es nicht sein, und eine Meinungsverschiedenheit kann es darüber auch nicht geben. Ich wünsche, daß Ihr solches Euren Dorfgenossen mitteilt. In meiner Fürsorge für Euch werde Ich die Bauern nicht vergessen; Eure Bedürfnisse sind mir teuer, und Ich werde für dieselben stets sorgen, wie Mein entschlafener Vater für dieselben gesorgt hat. Es wird die Reichsduma einberufen werden, die gemeinsam mit Mir beraten wird, wie das am besten zu entscheiden ist. Ihr könnt alle auf Mich rechnen, Ich werde Euch helfen, doch, Ich wiederhole, denkt stets daran, daß das Eigentumsrecht heilig ist und unantastbar sein muß."

Der Unterricht an den Hochschulen in Petersburg beginnt nicht vor September, nachdem sich die Mehrzahl der Universitätsrektoren dahin ausgesprochen hat, daß der Beginn bei den jetzigen Ereignissen unmöglich sei.

Nachrichten aus der Handelswelt.

Börse.

23. Januar.

Staatsanleihen.

4% Staatsrente	80¼
4½% Anleihe 1905	93¾
5% Innere Staatsanleihe 1905	97⅛
5% Oblig d. Staatsrentei 1904	100
5% I. Innere Präm.-Anleihe 1864	395
5% II. „ „ 1866	315½
5% Präm.-Pfandbriefe der Adelsagrarbank	215

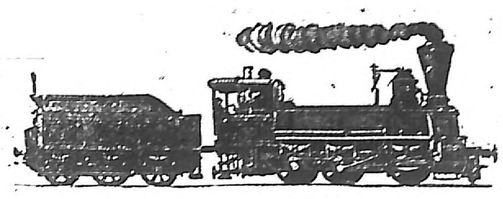
Hypotheken-Papiere.

4½% Pfandbriefe d. Bess.-Taur. Landbank	76	—77½
4½% Pfandbr. d. Cher. Landbank	77	—78½
4½% „ d. Kiew. „	—	78¾
4½% „ d. Mosk. „	—	81
4½% „ d. Nisch.-Sam. „	78¼	—79¾
4½% „ d. Charkow. „	—	79¾

Saratower Marktpreise.

23. Januar.

Türk. Weizen	— 105
Russ. „	85— 88
Roggen	70— 73
Hafer	60— 68
Gerste	— —
Sonnenblumensamen	155—165
Sonnenblumenöl	475—480
Ölkuchen	— — 69
Futtermehl (pro Sack)	325—375
Kleie	45— 46
Rindfleisch	260—320
Schaffleisch	200—260
Schweinefleisch	320—440
Hinterviertel	440—500
Rinds- u. Schaffett (ausgekocht)	500—600
„ „ (roh)	320—400
Schweinefett (roh)	680—700
„ (ausgekocht)	— 800
Butter	12 R.—14 R.
Salz (gemahlenes)	— 14
Feinzucker	650—660
Sandzucker	— 540
Lampenöl	— 121
Naphtha (Kleinverkauf)	— 45



Fahrplan
der Rjasan-Ural-Bahn.
(Nach örtlicher Zeitrechnung.)

Ankunft der Züge aus Moskau:	№ 8	um 7	Uhr 48	Min.	morg.
	№ 12	„ 12	„ 3	„	mitt.
	№ 6	„ 11	„ 3	„	abend.
Abfahrt der Züge nach Moskau:	№ 5	„ 8	„ 33	„	morg.
	№ 11	„ 5	„ 23	„	nachm.
	№ 7	„ 8	„ 58	„	abend.

Dieser Nummer liegt eine Tabelle über die Wahlen in die Reichsduma bei.

Redakteur Konst. Resch.

Die Buch-, Noten- und Postkartenhandlung von C. Knaub in Saratow, Deutsche Straße empfiehlt ihr reichhaltiges Lager, bestehend aus weltlicher und geistlicher Literatur.
Noten à 6 u. 12 K. pro Stück, als: Walzer, Polka, Märsche, Salonstücke, Klassische Werke etc. etc.
Klavierschulen à 60, 90 u. 1.20.
Reichhaltiges Lager von Künstlerpostkarten in aller Art zu sehr bill. Preisen. Wiederverkäufer werden gesucht.

Koch-Schule von Frau L. Heitz
Wolskaja, Ecke Kostrishnaja Haus Orlianinow № 24.
Annahme von Schülerinnen täglich. Mittagessen in und aus dem Hause.

СБОРНИКЪ ариѳметическихъ правилъ.
Цѣна 30 коп.
Составилъ В. И. Чураковъ.
Продается во всѣхъ магазинахъ г. Саратова.
При выпискѣ отъ автора не менѣе 10 экземпл. уступка 15%.
Адресъ: Бахметьевская, № 40, свой домъ.

Bester Qualität Gemüse- und Blumensamen, Samen für Ökonomien in der Samenhandlung von J. Wosynin, vormals Krumming,
Ecke der Wolskaja und Deutschen Str., Haus Nikitin in Saratow.
Preisliste auf Verlangen umsonst.

Zur gefl. Beachtung der Uhrmacher Händler u. a.
Infolge meiner Abreise aus Saratow habe ich meinen Handel mit Uhren, Instrumenten und and. Zubehör Herrn A. Drujan, Moskauer Straße, № 74 übergeben, an welchen man sich mit Bestellungen gefl. wenden wolle.
Achtungsvoll M. Hoffenschäfer.

Die im Jahre 1890 gegründete ministerielle Näh- und Zuschneideschule für Damenkleider und Wäsche (nach der Methode Gladsinsky) nimmt zu jeder Zeit Schülerinnen aus der Stadt und vom Lande sowohl nur zum Unterricht, als auch ganz ins Haus auf. Die volle Lehrzeit dauert drei Monate und kostet 15 Rubel, kann aber auf Wunsch der Schülerinnen verkürzt werden. Der Unterricht wird in deutscher und russischer Sprache erteilt. Adresse: Saratow, Iljinskaja Straße, Ecke der großen Kosakenstraße, Haus Kletuchin Nr. 49. Emilie Weinaud.

Nähmaschinen Kompanie Singer
sind unentbehrlich für Hausgebrauch und Industrie, mustergültig in Konstruktion und Ausführung und käuflich nur in unseren eigenen Magazinen.
Verkauf auch zu bequemen Teilzahlungen von Rbl. 1.— pro Woche.
Kostenfreier Näh- und Stickunterricht.
Hocharmige Handmaschine von 25 Rbl. an.
1) Saratow. Nikolskaja Straße, Haus Wakurow. 2) Iljinskaja Straße, Haus Worobjew 3) Moskauer Straße Haus Michailowa.
Magazin-Schild. Die Zeichnung ist gesetzlich geschützt.
Fabrik-Marke. Gesetzlich geschützt.

Buchhandlung der Gesellschaft „Sojus"
Saratow, Deutsche Straße unter dem Hotel „Rossia".
In größter Auswahl und der besten Autoren deutsche, russische, französische und englische Bücher für jedes Alter.
Atlanten und Bilder für den Anschauungsunterricht.
Annahme von Bestellung auf Zeitschriften des In- und Auslandes.

Heinrich Christophorowitsch Schellhorn
Einziger Vertreter für Rownoje, Sawinka und Umgebung,
zum Verkauf von
Garbenbindern, Getreide- und Grasmähmaschinen, Pferderechen, Schleifsteinen, Bindegarn und Reserveteilen
der weltbekannten Fabrik Mac-Cormik Niederlage in Rownoje Gouv. Samara.
Daselbst sind auch zu haben: Maschinen, Pflüge und Reserveteile verschiedener russischer Fabriken: Kleiner, Badowsky, Helfferich-Sadet, Neufeld, Mosnaim u. and.
Verschiedene Sorten Schmieröl, Schmiedekohlen, feine Steinkohlen (орѣшникъ), Anthracit.

Саратовъ. Паровая типо-литографія Г. Х. Шельгорнъ и К°. Herausgeber Gesellschaft „H. Schellhorn u. Ko."